

# Auer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 170 Mark. Bestellungen nehmen die Ausdräger und für Nummern die Postämter entgegen. — Erhalten monatlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 33. Telegramm: Tageblatt Auergebirge.

Bezugspreis für den Abonnement: Beleghe für Anzeigen aus Aue und Umgebung 30.00 Mark, auswärtsige Anzeigen 35.00 Mark, Restliche Postgebühren 40.00 Mark. Bei größeren Abnehmern entsprechender Rabatt.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1400

Nr. 256

Donnerstag, den 2. November 1922

17. Jahrgang

### Mehr Aktivität!

Es war auf der Brüsseler Finanzkonferenz, wo der als amerikanischer Beobachter jetzt mit der Reparationskommission in Berlin weilende Herr Boyden den europäischen Vertretern die Worte zurief: „Schafft erst Ordnung in eurem eigenen Hause durch eigene Kraft! Macht es, wie wir es gemacht haben! Das Rezept ist einfach: Schließt euch zusammen zu den Vereinigten Staaten von Europa! Um Steier ist es, dem Besiegten die Hand zu reichen! Aber Geld von uns? Nur keine überflüssigen Illusionen! Das haben wir nicht dazu erworben, um es in faulen Geschäften wieder aufs Spiel zu setzen!“ Seitdem Herr Boyden diese Worte sprach, sind fast zwei Jahre ins Land gegangen. Die Vereinigten Staaten von Europa sind noch heute ein schöner Traum; die Mahnung, daß der Sieger dem Besiegten die Hand reichen solle, noch heute eine unerfüllte Hoffnung, und die Erwartung, daß die Vereinigten Staaten das Gleichgewicht des europäischen Haushalts durch Schuldennachlaß oder aktive Stützungsaktivität in Ordnung bringen werden, noch heute eine „überflüssige Illusion“. Gerade jetzt wieder wird aus dem Weißen Hause erklärt, daß ein Schuldenerlaß keine Lösung des Problems darstelle. Die Mahnungen Boydens, die noch heute Allgemeingültigkeit haben, sind fruchtlos geblieben. Die Versumpfung des europäischen Wirtschaftslebens hat ungeahnte Fortschritte gemacht, die Fieberhitze ist bis auf tödliche Grade gestiegen und die Blutzirkulation beginnt zu stocken, wenn nicht endlich tatkräftig Hand angelegt wird.

Die Frage ist berechtigt, ob wir seitdem selbst alles getan und nichts unterlassen haben, um Ordnung in unserem Hause durch eigene Kraft zu schaffen. Gewiß — an gutem Willen hat es der Reichsregierung nicht gefehlt. Unzählige Versuche sind gemacht worden. Die Zahl der Beratungen am Krankenbette des deutschen Wirtschaftskörpers, der Gesetze und Verordnungen, kurz der Medikamente, darunter auch falscher (wie z. B. die Devisenordnung, mit deren Abänderung, nebenbei gesagt, die Arbeitsgemeinschaft sich keinesfalls für die Zukunft festgelegt und nur bis zum Erlaß eines Devisengesetzes einverstanden erklärt hat) ist unübersehbar. Aber niemals ist man der Krankheit im Ganzen zuleibe gegangen, sondern nur einzelnen ihrer Symptome. Niemand wurde an dem Patienten eine Radikalur versucht, sondern nur mit Palliativmitteln operiert. Mit Vorbeugungsmaßnahmen, damit die Krankheit nicht weitere Teile des Körpers ergreife, und Mixturen, die nicht kräftig genug waren, den fortgeschrittenen Krankheitsprozeß aufzuhalten. Kurz gesagt: man hat wohl stets das Elektrolyt zu bekämpfen gesucht, aber nicht die Krankheit. Was uns fehlt und fehlt, ist ein entschlossener Arzt oder anders ausgedrückt: Aktivität.

Jetzt plötzlich sucht man sie zu entwickeln. Regierung und Parteien treten mit Programmen auf, und das zu einer Zeit, die so ungünstig wie nur möglich ist. Da gleichzeitig die Reparationskommission, ausländische Sachverständige und inländische Experten in Berlin versammelt sind und in getrennten Sitzungen über denselben Heilungsprozeß beraten. Keine eben glänzende Regie. Statt eines einheitlichen, geschlossenen Willens des deutschen Volkes sehen sie verstreute Meinungen. Rindlich, wenn die Sozialdemokraten behaupten, mit dem Silberdingischen Währungsprogramm allein den Stein der Weisen gefunden zu haben. Gewiß ist die Stabilisierung der Mark mit das vornehmste Ziel. Aber das Währungsproblem ist untrennbar von dem Wirtschaftsprobleme, ist nicht die Aktion, sondern nur ein aktives Programm auf dem Gebiete der Reparation. Zum mindesten müssen beide parallel gehen; allein es durchzuführen, ist undenkbar. Eine Stabilisierung der Währung auf dreieinhalb Monate oder auch für diesen Winter ist ein Unding. Auch Reichsbankpräsident Havenstein hat soeben erklärt, daß einer auf diese Weise erzielten vorübergehenden Besserung ein um so rapider Absturz folgen müßte. Was uns fehlt, ist nicht allein ein Währungsprogramm, sondern ein innerpolitisches, ein außenpolitisches und ein Wirtschaftsprogramm. Nicht nötig, daß sich damit jetzt die Repko oder auch die kommende Brüsseler Konferenz ohne weiteres einverstanden erklärt. Aber die Welt muß einmal sehen, daß wir wenigstens ein Programm haben, daß wir selbst brauchbare Heilverfahren machen. Die Mark fällt immer weiter, die Preise klettern ins Ungemessene. Mit dem Gehen- und Bekommenlassen ist nichts getan. Die Erbitterung im Volke ist längst in Verbitterung umgeschlagen. Sie treibt Wasser auf die Mühlen der extremen Flügelparteien, die aus dieser Wirtschaftslage laugen. Die Spuren Italiens schreien. Man darf vom Volke nicht immer nur Gebuld verlangen, muß ihm endlich auch etwas bieten, muß die Währung in der Hand behalten. Der Schicksal der deutschen Wirtschaft muß Hammer sein, nicht Amboss, muß Kraft haben zur Hil-

fung und Durchsetzung von Notwendigkeiten. Die Wunden jetzt keine Kräfte innerhalb des Reichsstaates und innerhalb der politischen Parteien brauchen. Die wirtschaftliche Problematik braucht Männer, braucht Köpfe. Wenn sie nicht vorhanden sind, müssen sie gesucht werden. Es ist höchste Zeit, daß der parteipolitische Streit zurücktritt und die Parteien sich auf ein einziges starkes aktives Programm einigen. Darin wird nicht fehlen dürfen die strenge Forderung auf Einsparnisse, nicht zuletzt in unserem gewaltig aufgeblähten Beamtenapparat. Nicht fehlen wird dürfen die unbedingt notwendige Steigerung der Produktion. Niemand denkt an einen Abbau des Achtstundentages. Aber der schematische Achtstundentag ist ein Hemmschuh unserer Wirtschaft. Die Gewerkschaften haben sich längst bereit erklärt, eine andere Regelung zuzulassen, sofern sie nur durch den Tarifvertrag festgesetzt wird. Nur die Sozialdemokratie als politische Partei fürchtet sich noch immer, an dieses heiße Eisen zu rühren. Aber sie muß endlich dem Gebot der Stunde sein Recht geben und auf die Massen erzieherisch und aufklärend wirken. Gewiß hat der Produktionsrückgang auch seine psychologischen Ursachen in unserer heutigen Verelendung. Aber auch Preußen hat sich groß gehungert. Jedenfalls muß endlich gezeigt werden, daß wir wollen und was wir wollen. Darum Kampf in den Kessel und entschlossene Zusammenarbeit!

### Beginn der Verhandlungen der Repko.

450 Milliarden Defizit im deutschen Budget.

Ueber die Verhandlungen der Reichsregierung mit der Reparationskommission berichtet das B.L. folgendes: Die erste Verhandlung mit der Reparationskommission verlief in höchst sachlicher Form. Der Vorsitzende der Kommission Barthou erklärte, daß

1. die Balancierung des Budgets,
2. die Frage der schwebenden Schuld und
3. die Stabilisierung der Mark

die Hauptaufgaben seien, die jetzt behandelt werden müßten. Die Kommission beabsichtige nicht, die deutsche Souveränität anzutasten. Sie hoffe aber auf die lokale Zusammenarbeit und sei auf Grund der von Deutschland eingegangenen Verpflichtungen genötigt, eingehende Fragen zu stellen. Darauf hielt Staatssekretär Schröder einen Vortrag über die allgemeine Gestaltung des Budgets für das laufende Jahr, soweit es sich bisher abersichten läßt. Es interessierten besonders die Ausgaben des außerordentlichen Haushalts. Staatssekretär Schröder teilte mit, daß das voraussichtliche Defizit des Budgets etwa 450 Milliarden betragen werde, das im wesentlichen zu Lasten des Friedensvertrages gehe.

### Die Berliner Währungskonferenz.

Die von der Reichsregierung zur Teilnahme an der Währungskonferenz nach Berlin eingeladenen ausländischen Finanzsachverständigen sind in Berlin versammelt. Unmittelbar nach dem Empfange wird sich der Beginn der sachlichen Beratungen über die Möglichkeiten für eine Stabilisierung der deutschen Währung anschließen. Die meisten der ausländischen Sachverständigen haben als Sachverständige der Finanz- und Währungsfragen an der Konferenz von Genua teilgenommen. Von deutscher Seite werden an der Konferenz der Reichsbankpräsident Havenstein, Staatssekretär Schröder und einige hervorragende Vertreter der Bankwelt, u. a. Dr. Urbig, v. Mendelssohn, sowie der Berliner Universitätsprofessor Schumacher teilnehmen.

### Mittelstandspolitik

Der gewerbliche Mittelstand, Handwerk und Einzelhandel waren seit Beginn der heutigen Wirtschaftsordnung stets die lebendigsten Repräsentanten liberaler und sozialer Wirtschaftsgestaltung. Nirgends sonst ist so nachdrücklich der Kampf gegen alle Reglementierung, Paragrafierung und Organisierung der Wirtschaft geführt worden. Nirgends sonst ist durch Kunstgewerblichen Einschlag so augenfällig die Zusammenführung von Wirtschaft und Kultur herbeigeführt. Und keine der Erwerbsgruppen übertrifft den gewerblichen Mittelstand in seiner erzieherischen Wirkung auf die Entfaltung der Persönlichkeitswerte des Einzelindividuum, keine übertrifft ihn in der praktischen Betätigung des Ausleseprinzips, der Sicherung des Aufstiegs des Tüchtigen.

Die elementaren gesellschaftlichen Kräfte, die in ihm ihren Repräsentanten finden, sind einmal Wesen und Inhalt seiner Staatsverfassungen, staatsbildenden Funktionen, haben ihn zum anderen beschäftigt, mit besonderer Lebendigkeit alle Experimente auf dem Gebiet der Sozialisierung und Kommunalisierung ab abstrudeln zu

führen. Kein Zweifel, daß der gewerbliche Mittelstand in den Räten der Krieges- und jetzigen Übergangswirtschaft schweren Schädigungen ausgesetzt war. Aber auch kein Zweifel, daß überall da, wo staatlicher Eingriff künstliche Organismen mit der Wahrnehmung seiner Funktionen betrauen wollte, die Unausführbarkeit seines Wesens angeht der staatswirtschaftlichen Misserfolge deutlich in Erscheinung trat.

Liberaler und demokratischer Gedankengänge haben den gewerblichen Mittelstand in Verlegenheit schwerer Bedrängnis auf den Weg der Selbsthilfe verwiesen. Hier, in der Eigenorganisation seiner Kräfte hat er sich das Rückgrat geschaffen, das ihn befähigt, gegenüber großen Existenzgefahren sich durchzusetzen. Nichts würde dem Wesen des Berufsstandes stärker widersprechen, als der Ruf nach Staatshilfe, nach besonderer wirtschaftspolitischer Bevorzugung, nach steuerlicher Sonderbehandlung usw. Und nirgends wäre auch ein solcher Ruf unnütziger als im demokratischen Staate.

Es besteht vielleicht nirgends eine so starke innere Harmonie zwischen Wirtschaft und Staat, wie in dem Verhältnis zwischen Mittelstand und deutscher Demokratie. Es ist kein Zweifel, daß die Agitation der dem heutigen Staat feindlichen Parteien sich so außerordentlich um den Mittelstand bemüht, da sie wissen, daß hier eine der stärksten Stützen des heutigen Staates ihnen gegenüber steht, die — unabhängig von ihrer parteipolitischen Einstellung — durch ursprüngliche Kräfte und ideale Verwandtschaft dem demokratischen Staat eng verbunden ist. Antisemitische Propaganda und wirtschaftspolitische Schaumschläger sollen den Mittelständler seinen eigenen Grundlagen entfremden, sollen ihn, der in seiner ruhigen zielbewußten Pflichterfüllung, in der qualitativen Steigerung seiner Arbeitsleistung, in der Erziehung der wirtschaftlichen Nachwuchs der lebendige Beweis für das gedeihliche Zusammenwirken von Staat und Wirtschaft ist, staatsfremd, staatsfeindlich machen.

Aber solches Bemühen muß erfolglos bleiben! Die starke Anteilnahme führender Persönlichkeiten des gewerblichen Mittelstandes an der Arbeit der Deutschen Demokratischen Partei, das praktische erfolgreiche Wirken der demokratischen Fraktionen im Reich, in den Ländern und den Gemeinden für eine gerechte Wirtschafts- und Finanzpolitik und darauf aufbauend die regame Ausgestaltung des beratend mitwirkenden Mittelstandsausschusses beim Hauptvorstand der Deutschen Demokratischen Partei ist lebendiges Zeugnis dafür, daß der deutsche gewerbliche Mittelstand weiß, wofür er in Ausübung seiner wirtschaftlichen und politischen Verantwortung zu gehen hat. Die deutschen Mittelständler rufen wir auf, um des Wiederaufbaues von Staat und Wirtschaft willen, im Dienste der Sicherung ihrer Gegenwart und ihrer Zukunft, sich zu freudiger Mitarbeit in dem demokratischen Mittelstandsausschuß zusammenzufinden, und in dieser Körperschaft der Verbindung von Wirtschaft und Politik zu dienen, den Arbeiten ihrer Fachorganisationen gescheiterliche Unterstützung zu verschaffen.

### Kleine politische Meldungen.

**Steigerung der Arbeitsleistung?** Der Brief August Thyssen an den Reichstanzler, in dem er bittet, bei der Arbeiterschaft darauf hinzuwirken, daß mehr Arbeit geleistet werden müsse, um Deutschlands schwere Lage zu verbessern, ist geschrieben worden, nachdem Thyssen mit Steigerwald über die Möglichkeit der Arbeitsverlängerung gesprochen hat. Hieraus schließt man in politischen Kreisen, daß die christlichen Gewerkschaften nicht abgeneigt sind, in die Befestigung des Achtstundentages einzuwilligen. Jedenfalls ist damit zu rechnen, daß mehr Arbeit geleistet werden wird, nachdem die Arbeiterschaft sich schon in mehreren Fällen und in verschiedenen Industrien zu Ueberschritten entschlossen hat.

**Die Reichsregierung für Einstellung der Kohlenlieferungen an Frankreich.** Bei den Besprechungen mit der Reparationskommission wird die Regierung aufstellen, daß die Kohlenlieferungen nach Frankreich eingestellt werden.

**Die Industrie gegen die Kohlenlieferungen.** Die Industrie ist allgemein der Auffassung, daß hinsichtlich der vermehrten Kohlenlieferungen der Entente energischer Widerstand geleistet werden muß. Man ist der Ansicht, daß das Verschonen von Ueberschritten im Bergbau nichtig wurde, um die Industrie aufrechtzuerhalten und den nötigen Bedarf des deutschen Hausstandes zu decken.

### Industrie und Landtagswahl.

Der Gesamtverband des Verbandes Sächsischer Industrieller erklärt für die Landtagswahlen nachstehende Richtlinien:

1. Für die bevorstehende Landtagswahl muß die sächsische Industrie gemeinsam mit allen Kreisen, die unter den Folgen der überlängten verkehrten und einseitigen Wirtschaftspolitik in Sachsen und im Reich leiden, alle Kräfte und die äußerste Anspannung daran setzen, daß in Sachsen der einseitigen Klassenherrschaft der sozialistischen Regierung ein Ende bereitet wird. Es ist ein unmöglicher

te!  
ingen  
dustrle,  
w. an  
Sa.  
Mit  
mit  
des  
iter  
ndeamt.  
in  
manchlag  
arbeiten.  
blatt.  
men  
ftigung  
Bahnhof.